

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Zeitungsmoatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljähr. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftstzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 244.

Dresden, Mittwoch den 21. Oktober 1914.

25. Jahrg.

Der Kampf um die Küste

Gewaltig tobt die Schlacht in Westlandern und westlich von Lille.

Die Mailänder Stampa bringt Nachrichten aus dem nordöstlichen Frankreich, worin es heißt, daß das Geschick Frankreichs, Belgiens, Englands und Deutschlands von dem Ausgange der größten Schlacht der Welt abhängt, die jetzt im Norden Frankreichs geschlagen wird. Während die Verbündeten von der Front weggebracht werden, findet hinter dem Feuer der Linien ein ununterbrochener Austausch mit feindlichen Truppen statt. Es sei unmöglich, die Menschenmassen abzuschätzen, die auf beiden Seiten kämpfen, jedenfalls sei es eine enorme Zahl.

Diese Beurteilung der Schlacht im nördlichen Frankreich dürfte jedoch eine übertriebene sein. Allerdings aber handelt es sich um viel. Gewinnen die Deutschen die Schlacht, so erreichen sie Düinkerken und Calais und damit eine für England höchst gefährliche Position. England bietet darum alles auf, um dieses Unheil zu verhindern.

Ueber Stockholm wird von gewaltigen Truppentransporten der Engländer berichtet. Es wird berechnet, daß britische Korps in einer Stärke von mehr als 200 000 Mann binnen wenigen Tagen auf Frankreichs Boden stehen werden. Die englische Presse erklärt, daß es sich für Großbritannien um einen Kampf um Leben und Tod handelt, um die Verwirklichung der deutschen Pläne zu verhindern, die sich hinter dem „vermeintlichen Versuch“, sich an dem Kanal festzusetzen, verbergen. Die „200 000 Mann“ dürften wiederum eine sehr arge Überreibung sein. Die kopenhagener Verinske Tidende sagt aus, daß die englischen Truppen unzulänglich ausgebildete Rekruten seien, denen gegenüber Deutschland immer neue Massen ausgebildeter Mannschaften ins Feld führe. Darin liege Deutschlands enormer Vorteil.

In Paris soll eine zuverlässige Stimmung herrschen oder — man rede sich in solche Stimmung hinein. Echo de Paris behauptet, daß sich die französischen Positionen von Tag zu Tag verbessern. Alles stehe gut. Im Norden werde sich langsam aber sicher die große Partie entscheiden. Im West Parisis schreibt Oberst Neufel: Die Sache steht gut. Die Schlacht in Flandern wird sich auf einem Terrain abspielen, das für den Angriff günstiger ist als für die Verteidigung.

Der Korrespondent der Times in Nordfrankreich drückt die Bedeutung der Ereignisse in Nordfrankreich und in Belgien kaum hoch genug angeschlagen werden. Unsere Streitkräfte erhielten eine Aufgabe und eine Stellung zuerteilt, denen, nach allen einleitenden Kämpfen zu urteilen, ein günstiges Ergebnis beschieden sein muß. Wie gewaltig die Kämpfe gewesen sind, erfährt man am besten aus der großen Anzahl der Verwundeten, die in verschiedenen Hospitälern Nordfrankreichs ankommen.

Der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet: Holländer, die heute mit einem Automobil in ein Dorf nahe bei Ypern kamen, teilen mit, daß dort eine heftige Schlacht zwischen den Verbündeten und den deutschen Truppen im Gange sei. Von den verschiedenen durch die Deutschen besetzten Plätzen werden von allen Seiten Truppen nach der Richtung des Kampfes geschickt.

Auch im Gelände von Arras und bis Roye finden weitere Kämpfe statt. Corriere della Sera erzählt aus Paris, die Deutschen hätten zwischen Arras und Roye eine Stalanlage vorgefunden, die sie zu einer starken Verjüngung benutzen könnten.

Gefangennahme von 3000 Belgiern in Wankenberg.

Amsterdam, 21. Oktober. News von den Dag meldet aus Sas-ban-Gent: In Wankenberg befinden sich 3000 belgische Soldaten und 2000 Mann Bürgerwehr. Sie wurden von den Deutschen überfallen, bevor sie die Flucht ergreifen konnten.

Die preußische Kriegsvorlage.

Dem preußischen Landtag, der am Donnerstag zu einer Kriegsstimmung zusammentritt, ist eine Gesetzesvorlage zugegangen, durch die teils zur Deckung der durch den Krieg hervorgerufenen Ausfälle bei den Staatseinnahmen, teils zur Bestreitung bedeutender Kriegsausgaben ein vorläufiger Kredit von 1 1/2 Milliarden Mark erteilt wird.

Dem Gesetzentwurf ist eine Begründung beigegeben, in der es heißt:

Der Krieg hat bei den Staatseinnahmen wesentliche Ausfälle im Gefolge. . . . Demgegenüber gehen die Ausgaben

Aus dem Hauptquartier.

Aus dem Großen Hauptquartier, 21. Oktober mittags. Am Yserkanal stehen unsere Truppen noch in heftigem Kampfe. Der Feind unterstützt seine Artillerie vom Reere nordwestlich von Nieupoort aus. Ein englisches Torpedoboot wurde dabei von unserer Artillerie kampfunsfähig gemacht. Die Kämpfe westlich Lille dauern an. Unsere Truppen gingen auch dort zur Offensive über und warfen den Feind an mehreren Stellen zurück. Es wurden etwa 2000 Engländer zu Gefangenen gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz ist keine Entscheidung gefallen. (M. Z. V.)

auf dem Gebiete der finanziell besonders zu Puche schlagenden Staatsbauten zur Steuerung der Arbeitslosigkeit die Arbeiten möglichst fortgesetzt werden müssen. Infolgedessen wird der Staatshaushalt für das Etatsjahr 1914 voraussichtlich mit einem Fehlbetrag abschließen. Da dieser endgültig erst nach Abschluß des Etatsjahres festgestellt und im Wege einer Defizitanleihe gedeckt werden kann, in der Zwischenzeit aber für eine vorläufige Deckung der Ausfälle gesorgt werden muß, so bedarf es vorübergehend einer entsprechenden Verstärkung des an und für sich schon unzulänglichen Vertriebsfonds der Generalstaatskasse.

Durch das Etatsgesetz für 1914 ist die Verstärkung des Vertriebsfonds der Generalstaatskasse durch Ausgabe von Schatzanweisungen bereits bis zur Höhe von 100 Mill. M. zugelassen. Um für die Ausfälle im Staatshaushalt einerseits und für die Kriegsausgaben andererseits, insbesondere auch die Aufwendungen für Ost- und Westpreußen die erforderliche Deckung bereit zu haben, wird eine Erhöhung dieser Summe auf 1500 Millionen vorgeschlagen.

Die durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben fallen in folgende Gruppen: Fürsorge für die staatlichen Lohnangehörigen; Entlastung leistungsunfähiger Lieferungsverbindungen bei Zahlung der Reichssteuerleistungen; Notstandsarbeiten; Erleichterung der Versorgung bestimmter Gebiete mit Nahrungsmitteln; Erhaltung des Viehbestandes; Vermehrung der Nahrungs- und Futtermittel; Entaus von Nahrungsmitteln aus öffentlichen Mitteln; Förderung der Feldbestellung und Hilfsaktion für Ostpreußen und Teile Westpreußens.

Ueber die zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten wird in der Begründung ausgeführt:

Es ist angeordnet, daß im Gebiete der Eisenbahnverwaltung die Notwendigkeit im Rahmen des Etats und der Anleihebewilligungen ungeschmälert fortzusetzen ist, soweit dies nicht wegen Mangels an geeigneten Kräften ausgeschlossen ist.

Im Gebiete des öffentlichen Bauwesens (Wasser- und Hochbauverwaltung) ist die gleiche Maßnahme getroffen und darüber hinaus die Inangriffnahme von Bauarbeiten angeordnet, bei denen Arbeitslose und Kriegsgefangene nützliche Verwendung finden können. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Hochwasserregulierungs- u. s. w. Arbeiten an der Elbe und Oder, und Verbesserung der Deichwasserstraßen. Ausser dem Planer Kanals sowie vor allem der Herstellung des Dampfschiffkanals auf den Strecken Wesel-Datteln und Hamm-Ellofsfeld.

An Notstandsarbeiten im Gebiete der Landwirtschaftlichen Verwaltung ist angeordnet, daß die Kultivierung von Noche- und Wiederungsmoorsflächen, insbesondere in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein beschleunigt wird.

Ferner ist in die Wege geleitet, daß in den großen Riedlungs- moorgebietern, insbesondere in den Provinzen Brandenburg und Pommern, wo die Verluste durch Grobrentenbesitz sind, die Folgeeinrichtungen (die Kultivierung) mit großer Beschleunigung durchgeführt werden, so daß bereits im kommenden Jahre Erträge zu erhoffen sind.

Die wichtige Frage der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat ist in der Vorlage leider nicht berührt. Auch für Preußen muß die Forderung gelten, daß der Staat den Gemeinden Zuschüsse zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung gewährt.

Von großer Bedeutung sind die Maßnahmen, die zur Linderung der Not in den so hart mitgenommenen Provinzen Ostpreußen und Westpreußen ergriffen werden sollen. Es sei bemerkt, daß es sich hierbei nur um vorläufige Maßnahmen, nur um die Abwendung der allerdringendsten Not, handeln kann. Ist der Frieden eingeleitet, dann muß das Reich für die Provinzen eintreten. In welchem Umfang und in welcher Weise das geschieht, wird durch Gesetz festgelegt werden. Zunächst gilt es, das Los der Flüchtlinge zu erleichtern, die leistungsschwachen Gemeinden zu unterstützen und das Kredit-

wesen in die richtigen Wege zu leiten. Es verdient, obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, anerkannt zu werden, daß der Staat es als seine Aufgabe betrachtet, die Bewohner in vollem Umfang schadlos zu halten. Hierzu und zur Erfüllung der sonstigen Zwecke bedarf es großer Summen. Sind doch schon am 1. Oktober eine große Anzahl politischer Gemeinden und Kirchengemeinden nicht mehr instande gewesen, ihren Beamten die Gehälter zu zahlen und ihre Schulden zu tilgen! Die Regierung hat hierzu eine halbe Million beigesteuert; sie rechnet mit weiteren 5 Millionen, die ihr in nächster Zeit erwachsen. Die Grundzüge, nach denen die Entschädigungen an Private und an Gemeinden zu bemessen sind, stellt die Kriegshilfskommission für Ostpreußen fest. Daneben bestehen in den einzelnen Provinzen Unterkommissionen unter Vorsitz der Landräte. Für dringend notwendig im Interesse einer unparteiischen Handhabung der Geschäfte halten wir es, daß sich die einzelnen Kommissionen aus Mitgliedern aller Berufsstände ohne Unterschied der politischen Parteien zusammensetzen. Würde das geschehen, dann würde das Vertrauen in sie wesentlich gestärkt werden.

Der Reichskanzler zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Auf eine Eingabe der Vorlegenden der Reichskanzler für soziale Reformen, Herrn v. Berlepsch und Professor Dr. G. Brande, die sich mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung befaßt, ist folgende Antwort des Reichskanzlers eingegangen: „Für Verzeihen geneigt schreiben, daß Sie gemeinschaftlich mit Professor Dr. Brande an mich gerichtet haben, ist in meine Hände gelangt. Ich bin ebenso wie Sie davon durchdrungen, daß alles gethan muß, um diejenigen unserer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen. In erster Linie werden, wie Sie treffend hervorheben, die Gemeinden dafür zu sorgen haben, daß diese Unterstützung in ausreichendem Maße und unter Formen gewährt wird, die dem Umfange Rechnung tragen, daß es sich nicht um eine Armenunterstützung im landläufigen Sinne handelt. Dabei rechne ich darauf, daß die Bundesstaaten bestrebt sein werden, den Gemeinden, soweit die Geldbeschaffung Schwierigkeiten macht, mit ihrem Kredit beizuhelfen, zumal sich meines Erachtens das Reich nach Beendigung des Krieges nicht wird entziehen können, inwiefern es sich etwa teilweise an einer Unterstützung beitragschwacher Gemeinden beteiligen muß. In ausgedehnter Hinsicht über Ergebnisse sehr eingehender v. Reichmann-Dollweg. Großes Hauptquartier, den 6. Oktober 1914.“

Angriffe auf den Reichskanzler.

Verschiedene alldeutsche Blätter haben in den letzten Tagen Angriffe gegen den Reichskanzler wegen der Art, wie er die belgische Neutralitätsfrage behandelt hat, erhoben. Die Tägliche Rundschau wirft dem Reichskanzler vor, daß er am 4. August die Verletzung der Neutralität Belgiens zugegeben habe, während doch aus den jüngst veröffentlichten Dokumenten hervorgehe, daß Belgien schon zuvor mit Frankreich und England Vereinbarungen eingegangen sei, die sich mit seiner Neutralität nicht vertrügen. Aber auch abgesehen von diesem besonderen Fall ist der Reichskanzler das Ziel von Angriffen, die eine heftige Feindschaft gegen ihn verraten. Er wird als der verächtliche Mann hingestellt, der die Schwerearbeit um ihre Früchte bringen werde.

Wir meinen, daß schon die Rücksicht auf unsere auswärtigen Interessen die alldeutschen Blätter von solchen Angriffen abhalten sollte. Es kommt hinzu, daß diese Blätter sich mit ihren Erörterungen ein Ausnahmerecht vor der gesamten übrigen Presse herausnehmen, die in Rücksicht auf die gegenwärtige Zeit verzieht, ihre besonderen politischen Auffassungen zur Geltung zu bringen.

Deutsche Denkschrift über die Verletzung der Genfer Konvention durch französische Truppen und Freischärler.

Die deutsche Regierung hat nachstehende Denkschrift über die Verletzung der Genfer Konvention vom 8. Juli 1906 durch französische Truppen und Freischärler, worin gegen deren völkerrechtswidriges Verhalten scharfer Protest erhoben wird, der französischen Regierung sowie den Regierungen der neutralen Mächte zugehen lassen:

In dem gegenwärtigen Anlege haben französische Truppen